

Gesellschaft im Umbruch

**Chancen und Herausforderungen
zwischen Wandel und Kontinuität**



Prof. Dr. Karl Aiginger
Leiter des WIFO und Industrieökonom

Prof. Dr. Aiginger, geboren 1948 in Wien, ist seit 1970 Wirtschaftsforscher am WIFO und steht diesem seit 2005 als Leiter vor. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Wettbewerbsfähigkeit von Firmen, Ländern und Regionen, der Industrieökonomie und Industriepolitik, im Bereich Ökonomischer Strategien und Wirtschaftspolitik sowie in der Finanzkrise und ihren Folgen.

[8.4]

Die Gesellschaft Oberösterreichs im Wandel

Die Rahmenbedingungen aller europäischen Länder haben sich schon vor der Finanzkrise durch technologische Trends, Globalisierung, Alterung und den Klimawandel geändert. Österreich ist von den sich ändernden Rahmenbedingungen besonders betroffen. Die Ursachen dafür liegen teilweise in den vergangenen Erfolgen, teilweise in der neuen Geografie. Dies verlangt neue strategische Reaktionen für die österreichische und oberösterreichische Politik. Nicht genug kann betont werden, dass die Chancen, die mit den tiefgreifenden Veränderungen verbunden sind, größer sind als die Risiken.

Durch technologische Trends, Globalisierung, demografische Veränderungen und den Klimawandel ergeben sich neue Herausforderungen und Chancen

Als eines der fünf reichsten Länder der EU kann Österreich keinen Preiswettbewerb bei undifferenzierten Produkten gewinnen, sondern muss sich auf hochwertige Produkte spezialisieren und zumindest in Nischen eine Technologieführerschaft anstreben. Während Technologien lange Zeit über Maschinen und Management durch multinationale Unternehmen importiert wurden, wird die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Landes von Innovation, Aus- und Weiterbildung, dem Ausgleich der Startchancen und moderner Infrastruktur¹ bestimmt. Trotz aller Anstrengungen der vergangenen zehn

Jahre wurde in Österreich die Umorientierung vom Aufholprozess zur Spitzenposition (Frontier-Position) im Innovationssystem, im Bildungssektor und in der Infrastruktur noch nicht vollzogen.

Lag Österreich lange am Rand, teilweise sogar außerhalb des europäischen Integrationsraumes, so ist die Position des Landes heute geografisch und wirtschaftlich in der Mitte des EU-Raumes. Allerdings liegt Österreich auch an einer „Wohlfahrtskante“. Anders als für das Zentrum einer langsam gewachsenen Großregion typisch, stellt die Mitte hier zugleich eine Kante dar: Die Einkommen fallen in Richtung Osten stark ab – in nur 500 km Entfernung liegen die Einkommen bei einem Fünftel. Dies bringt bei optimaler Arbeitsteilung Vorteile. Gleichzeitig ist aber die Gefahr der Konkurrenz groß, wenn bei uns Waren produziert werden, die auch in Niedriglohnländern erzeugt werden können.

Die „weite“ Globalisierung ist eine besondere Herausforderung, weil Österreich sich export- und importseitig auf nahe Märkte konzentriert hat und dadurch wenige Firmen mit Betriebsansiedlungen in China und Indien (und auch Afrika und Südamerika) besitzt. Die dynamischen Länder in Asien sind ein besonderer Hoffungsmarkt. Allerdings kommen auch billige Produkte aus diesen Ländern und konkurrieren gegen die arbeitsintensive Industrieproduktion, die lange Zeit und teilweise noch immer überproportional große Anteile an der Wertschöpfung besetzt. Die Handelsbilanz Österreichs gegen China und Indien ist trotz Exporterfolgen negativ. Die Chancen in diesen Ländern müssen stärker von österreichischen Firmen genutzt werden.

Die Bevölkerung wird bis 2050 nach der aktuellen langfristigen Bevölkerungsprognose von derzeit 8,3 Millionen auf mindestens auf 9,5 Millionen anwachsen. Das Wachstum ergibt sich fast ausschließlich aus dem Wanderungssaldo (und hier aus der Nettozuwanderung von Ausländern). Der Anteil der Personen, die im Ausland geboren wurden, an der Wohnbevölkerung liegt bei 15,3 Prozent (2009) und steigt bis 2025 auf 18 Prozent. Bevölkerungswachstum durch Zuwanderung mildert, verändert aber nicht die Tendenz zur Alterung der Gesellschaft. Der Anteil der Personen mit 60 und mehr Jahren, der 2008 bei 22,6 Prozent lag, steigt dagegen auf 34,2 Prozent (2050).

Ein radikaler Wandel in der öffentlichen Ausgabenstruktur in Richtung Zukunftsausgaben ist nötig

Strategische Reaktionen auf die neuen Rahmenbedingungen waren schon vor der Finanzkrise angebracht, der Reformdruck hat sich durch das Diktat der leeren Kassen allerdings verschärft.

Die teuerste Strategie im Umweltbereich ist „nichts“ zu tun. Wir müssen radikale Veränderungen ansetzen: Eine Absenkung des Zuwachses der CO₂-Emissionen

oder des Energieverbrauchs genügt nicht – ein deutliches Minus muss erzielt werden. Österreich sollte versuchen, in der Energieeinsparung, im Engpassmanagement des Verkehrs, in der Einführung von Elektroautos und Solartankstellen, bei Passivhäusern und Niedrigenergiebauten führend zu sein. Die globale Erwärmung kostet für die meisten Länder bei frühem Handeln einen kleinen Teil des Wachstums. Einige können durch eine langfristig geplante, innovationsorientierte Vorreiterposition einen Vorteil daraus ziehen. Österreich ist in den letzten zehn Jahren im Umweltbereich stark zurückgefallen (18. Position unter 27 EU-Ländern bei der Veränderung der Emissionen, Energieintensität etc.) und droht Exportchancen zu verlieren.

Die Kommunen sollen auch Partner beim Durchsetzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prioritäten sein. Einer ihrer Kernbereiche, die Bereitstellung von Betreuungseinrichtungen für Kinder, aber auch von dezentralen Betreuungseinheiten für Ältere und Pflegebedürftige, wird mit der abzusehenden demografischen Entwicklung enorm an Bedeutung gewinnen. Durch die raschen Veränderungen kann jede Gemeinde mehr als bisher wählen, ob sie wachsen oder schrumpfen will. Jede Gemeinde sollte eine Vision entwickeln, wie sie in der veränderten Gesellschaft 2025 aufgestellt sein will: als Standort von Informationsdienstleistungen und für Unternehmen, als Gesundheits-, Betreuungs- und Pflegezentrum, als Wohnsitz von Familien und von Älteren, als Urlaubsparadies für Kinder. Dort, wo Geschäfte und Dienstleistungen auswandern, sollte die Gewerbeordnung gelockert werden, damit in Nahversorgungszentren breite Angebote an Dienst- und Handwerksleistungen gesichert werden.

Eine Reform des Haushaltsrechts auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen in Verbindung mit einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform ist Voraussetzung für eine nachhaltige Budgetsanierung. Besonders deshalb, weil viel Geld nötig ist für Forschung, Bildung und Kinderbetreuung sowie für Gesundheit und Pflege, ist es unbedingt erforderlich, die Ausgaben auf ihre Notwendigkeit und Effizienz zu prüfen. Geld für Zukunftsaufgaben darf nicht aus Steuererhöhungen kommen, sondern aus dem Abbau und der effizienteren Wahrnehmung von alten Aufgaben.

Die Armutsgefährdung ist in Österreich für ein reiches Land relativ hoch, wenn auch der Anteil der armutsgefährdeten Personen an der Bevölkerung nicht steigt und niedriger ist als in den meisten anderen Ländern. Wichtigster Ansatz für Erwerbsfähige ist nicht eine höhere Transferzahlung, sondern ein niedriger Keil zwischen Brutto- und Nettolohn (Tax Wedge), die Schaffung von Jobs durch höheres Wachstum, die Überführung von Teilzeitjobs in Vollzeitarbeit (u. a. durch Kinderbetreuungsplätze) und Weiterbildung (eine Erhöhung der Transferzahlung bei Weiterbildung wäre ein Ansatz). Nur für Nichterwerbsfähige soll an höhere Transferzahlungen gedacht werden, für Erwerbsfähige ist die Schaffung von Arbeitsplätzen die wirtschaftlich und humanitär beste Form der Armutsbekämpfung.

Die höchsten gesellschaftlichen Erträge der Ausbildung liegen bei der Grundausbildung. Hier gibt es nach wie vor Defizite, ungenügende Integration von MigrantInnen und Kindern aus Familien mit geringem Bildungsgrad. Diese Differenzen halten sich hartnäckig – bei MigrantInnen ist die zweite Generation schlechter ausgebildet als die Elterngeneration. Die Vererbung von Bildungsdefiziten ist unakzeptabel hoch. Bezüglich der Beseitigung von Genderdifferenzen ist Österreich ein Entwicklungsland.

Oberösterreich: erfolgreich durch Export, Potenziale für höhere Pro-Kopfeinkommen

Oberösterreich hat den höchsten Anteil der Exporte an der Wirtschaftsleistung und Firmen von Weltruf. Das Industriewachstum liegt langfristig (1970 bis 2010) deutlich höher als in Österreich, dies gilt auch für das letzte Jahrzehnt (2000 bis 2008 Oberösterreich 37,6 Prozent vs. Österreich 35,1 Prozent). Fast 200.000 oder 34,8 Prozent der unselbständig Beschäftigten sind heute in Oberösterreich in der Industrie (im sekundären Sektor tätig). Die Arbeitslosenquote ist mit 4,7 Prozent (2010) die niedrigste in Österreich und eine der niedrigsten aller Regionen in Europa.

Das pro Kopf Einkommen liegt mit 33.600 Euro im vorderen Mittelfeld der europäischen Regionen, um ca. 10 Prozent höher als in der EU-15 und ein Viertel höher als in der EU-27. Es liegt allerdings auch um rund ein Viertel niedriger als in Bayern, sodass noch Aufholpotenzial gegeben ist. Die Erwerbsquote (im Alter 15 bis 64 Jahre) liegt 2010 bei 70,3 Prozent (Österreich 69,3 Prozent). Dienstleistungen sind noch ausbaufähig, besonders auch hochwertige Dienstleistungen von Planung zur Produktentwicklung, Software, Systempakete.

Die MaturantInnen- und AkademikerInnenquoten sind traditionell unterdurchschnittlich, besonders auch AkademikerInnen in Technik und Naturwissenschaften. Die Genderdifferenzen sind relativ groß, beginnend mit Ausbildung, Erwerbsbeteiligung und Teilzeit. Breite Initiativen bei Weiterbildung und Integration von Migrantinnen und Migranten sind nötig.

Es ist notwendig, alle Formen der Qualitätsreserve im Arbeitsangebot auszuschöpfen. Kurzfristig muss alles getan werden, um die Qualifikationen des bestehenden Angebots und die Qualifikationsstruktur der Migrantinnen und Migranten zu heben. Das erhöht die Krisenresistenz am Arbeitsmarkt, da qualifizierte Arbeitskräfte vielseitiger einsetzbar sind und seltener arbeitslos werden. Langfristig dämpft höhere Qualifikation den Rückgang des Arbeitsangebots, da Qualifizierte eine höhere Erwerbsbeteiligung aufweisen und länger im Arbeitsleben bleiben. Der rasche Strukturwandel erfordert neue, breite Qualifikationen, die flexibel für rasch wechselnde Technologien, Marktchancen, Probleme nutzbar sind. Bildungswegentscheidungen

sollten unabhängig vom familiären, sozialen und regionalen Hintergrund getroffen werden. Wo sie doch auftreten, müssen nachträglich Korrekturen möglich sein, die horizontale wie auch vertikale Durchlässigkeit des Bildungssystems ist zu erhöhen.

Generell entspricht Oberösterreich eher dem Bild eines schnellen und kompetenten Zweiten und müsste für weitere Erfolge das Leitbild einer eigenständigen Entwicklung verfolgen.

Vergangene Erfolge reichen nicht, eine positive Vision der Zukunft ist erforderlich

Die Finanzkrise hat eine Tendenz verschärft, die schon vorher sichtbar war. Es gibt Anzeichen dafür, dass die Akzeptanz unserer Gesellschaftsordnung verloren geht, besonders bei der Jugend. Dies zeigt sich in Diskussionen über ungerechte Verteilung, Dominanz von Finanzmärkten, Missachtung von Umweltproblemen. Unausgesprochen kommt das zum Ausdruck in Angst vor der Zukunft, feindlicher Haltung gegenüber AusländerInnen, im Gefühl benachteiligt und nicht gehört zu werden, in Politikferne und in der Wahl von extremen Gruppen. Letztere, aber auch „politikferne“ Organisationen, sprechen Probleme und Ängste scheinbar besser an als „Mainstream“-Parteien, können aber in der Regel keine langfristig tauglichen Lösungen anbieten. Hoffnungslosigkeit, Inaktivität, Aggressivität, Isolierung oder Realitätsflucht sind die Folge.

Offenheit für Veränderungen und Solidarität brauchen als Basis ein Gesellschaftsmodell, das von Werten getragen wird, die die Bevölkerung und besonders die Jugend akzeptiert. Eine Vision ist nötig, von welcher Reformen für eine positive Entwicklung abgeleitet werden. Eine realistische positive Vision für 2020 könnte folgende fünf Elemente enthalten:

1. Österreich hat die bestausgebildete Bevölkerung. Bildung wird nicht mehr vererbt, sondern orientiert sich an Fähigkeiten und Begabungen.
2. Österreich ist ein exzellenter Standort für Unternehmen, besonders auch von Unternehmenszentralen und Forschungsstätten.
3. Österreich hat die geringste Armutsquote in Europa.
4. Österreich ist offen für Personen, die bei uns studieren, sich ausbilden, unser Arbeitspotenzial vergrößern, sich in unsere Gesellschaft integrieren und diese bereichern wollen.
5. Österreich hat hohe Umweltstandards und eine ökologische Vorreiterposition. □